

Die Nachhaltige Entwicklung

– ein Modebegriff oder ein Kompass für politische Entscheidungen?

Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Vortrag zur Tagung der DLG

4.12.02, Bonn

„Frage niemanden, der ihn kennt, nach Deinem Weg, denn danach wirst Du Dich nicht mehr verlaufen können.“ - Was diese jüdische Weisheit ausdrückt, ist eine Freude am Finden des eigenen Weges, auch um den Preis des Verlaufens. Sie signalisiert auch eine Begeisterung und einen Stolz auf den selbstständig gefundenen Weg und die Zuversicht, dass sich auch nach einem Umweg noch die Perspektive auf die richtige Richtung zeigen kann.

Diese Weisheit spitzt ironisch zu, worum es auch bei der Nachhaltigkeit geht: Nachhaltige Entwicklung ist ein Suchprozess. Abschließende Antworten auf das „Wie, Wohin und Wodurch“ der Nachhaltigkeit gibt es nicht. Wer vorgibt, sie zu haben, der macht sich verdächtig. Wer ernsthaft sucht, der muss damit rechnen, sich auch hin und wieder zu verlaufen. Ja, das Verlaufen gehört geradezu mit zu seinem Weg. Aber was wirklich zählt, ist der Wille, den eigenen Weg und die richtige Richtung tatsächlich finden zu wollen.

Jochen Flasbarth hat an gleicher Stelle im Vorjahr gesagt: „So zu leben und zu wirtschaften, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen erhalten bleiben“ scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein - auch in Ihrer Branche. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus mit der Nachhaltigkeit?“ Dass es nicht gut aussieht, haben Sie, lieber Herr von dem Bussche, kürzlich unterstrichen als Sie öffentlich von einem „heillosen Durcheinander“ in der europäischen Agrarpolitik gesprochen haben. Das ist ein hartes Urteil, aus meiner Sicht aber ein zutreffendes Urteil.

Die Konjunktur der „Nachhaltigkeit“ ist nicht zu übersehen. Der Begriff taucht immer öfter auf. Er wird inflationär gebraucht. Das allein heißt aber nicht, dass wir Lösungen näher kommen. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, manche

verwechseln „nachhaltig“ mit „nachdrücklich“, so penetrant verkaufen sie ihre unveränderten Lobby-Interessen unter dem Plakat der Nachhaltigkeit. Für sie ist Nachhaltigkeit nur eine intellektuelle Semantik-Übung. Sie missbrauchen den Begriff „Nachhaltigkeit“ als semantischen Goldstaub, hinter dem sie die stets gleich bleibende, strukturkonservative Besitzstandswahrung verstecken wollen.

Tony Blair, der britische Premierminister, hat beim Weltgipfel in Johannesburg gesagt, was wir an Stelle dieser begrifflichen Kulissenschieberei wirklich brauchen. Er sprach von „painful decisions against vested interests and legitimate anxieties.“ In der Tat, das ist es, worum es bei Nachhaltigkeit geht: Um schmerzhaft Entscheidungen gegen durchaus rechtmäßige Interessen und legitime Besorgnisse. Mit einem Surfen auf den Wogen des Zeitgeistes hat das nichts zu tun.

Positiv scheint mir aber, dass das Nachdenken über Nachhaltigkeit deshalb zunimmt, weil in der politischen Praxis heute ein langfristiges, konzeptionelles Leitbild nicht zu erkennen ist. Gerade das aber fehlt uns heute. Stattdessen hatten wir in letzten Wochen eine abrupte, hektische und teils unvermittelte Betriebsamkeit der politischen Bemühungen, oft noch angestachelt und inszeniert von einem aufgesetzten Medien-Hype, der seinesgleichen sucht. Dabei ging leider verloren, dass die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag auf die Nachhaltigkeit als eine Grundkonstante ihrer Politik festgelegt hat. Ich gebe deshalb die Hoffnung nicht auf, dass diese Grundkonstante in den nächsten Monaten für die Regierung und die Opposition deutlich werden wird. Der Nachhaltigkeitsrat jedenfalls wird seinen Beitrag hierzu leisten.

Und ich glaube auch, dass die Öffentlichkeit mittlerweile schon recht genau die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Wandels spüren, genauer vielleicht als es der Politikbetrieb wahr haben will.

Es ist doch keine Frage mehr: Die Alterspyramide ist heute völlig anders als zu den Zeiten der noch geltenden Rentenformel. Das betrifft alle europäischen Länder. Wir werden einen tiefgreifende Wandel zu gestalten haben – aber eben nicht nur in der Sozialversicherung. Der demografische Wandel wird enorme Folgen auch für unsere soziale Infrastruktur, für die Städte und Gemeinden, für die Wirtschaft haben. Die globalen Klimaveränderungen greifen tief in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen von Milliarden

Menschen ein. Die Welt ist bedroht durch Armut, Unterentwicklung und Hoffnungslosigkeit in großen Teilen der Erde. Zwanzig Prozent der Menschen nutzen 55 Prozent der Energie, und der Rest bleibt für die achtzig Prozent der Menschheit. Dabei ist die Equity, also die soziale Unausgewogenheit innerhalb der armen Ländern, ein Entwicklungshemmnis, das bisher viel zu wenig gesehen wurde.

In meinen Vorträgen, Diskussionsrunden und Gesprächen zum Thema Nachhaltigkeit – und das waren im letzten halben Jahr recht viele – merke ich, dass immer mehr Menschen sehr ernsthaft und ehrlich nach einem neuen Leitbild für ihr Leben fragen, das die Kraft aufbringt, der Gesellschaft Orientierung und Halt zu geben. Ein Leitbild, das erklärt, warum und wieso drastische Maßnahmen zu ergreifen sind – painful decisions eben. Und ein Leitbild, dem zugetraut wird, dass es langfristig Bestand hat. Eines, dem man zutraut, dass es dem Sturm der Lobby-Interessen Stand hält. Das Prinzip Nachhaltigkeit ist ein solches Leitbild, wenn es richtig verstanden und aufgegriffen wird. Daher gilt der alte kluge Satz, dass es bei der Umsetzung einer politischen Strategie nicht so sehr auf die Größe der jeweiligen einzelnen Schritte ankommt, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung, in die man sich bewegen will.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit zu einer After-Dinner-Speech geben. Ihnen, Herr von dem Bussche und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gratuliere ich zu dem Erfolg Ihrer Veranstaltung, der durch die eindrucksvolle Anzahl der Teilnehmer unterstrichen wird. Ihrer Einladung bin ich gerne gefolgt.

Ich habe von Ihnen persönlich gelernt, was es heißt, Nachhaltigkeit aus der Perspektive eines praktizierenden Landwirtes zu sehen, dessen Familie seit über 600 Jahren die Kulturlandschaft nutzt und bewahrt. Ich bedaure sehr, dass Sie auf Grund eines Konfliktes mit der Regierung, nicht mit dem Rat wohlgerückt, aus dem Rat für Nachhaltige Entwicklung ausgeschieden sind. Ihr Rücktritt hat eine schmerzliche Lücke hinterlassen. Das wird nicht zuletzt auch dadurch deutlich, dass es bis heute nicht zu einer Nachbesetzung gekommen ist. Ich mache keinen Hehl daraus und möchte Ihnen das an dieser Stelle persönlich sagen, ich vermisse Sie im Rat.

Nachhaltigkeit als Schlüsselthema

Woher kommt meine Zuversicht, dass sich die Nachhaltigkeit als Schlüsselthema durchsetzen wird, dass wir wirklich zu den painful decisions kommen? Die Bekanntheit des Begriffes in der Öffentlichkeit ist von 13 auf 28 % gestiegen. Das ist nicht genug, aber die Tendenz ist zu begrüßen. Es ist gut, dass die Bundesregierung im April dieses Jahres die nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen hat. Die neue Regierung hat das bekräftigt. Dass die Nachhaltigkeit in der Politik angekommen ist, heißt aber nicht, dass nun alles getan ist. Im Gegenteil, ich sehe mehr Anfänge als Ergebnisse, mehr Herausforderungen als Erfolge.

Die Nachhaltigkeitsstrategie steckt die Wegmarken der Politik durch quantifizierte Ziele und Zeitmarken ab. Dieses Konzept folgt dem aus dem Management bekannten Grundsatz: Was man nicht messen kann, das kann man letztlich auch nicht managen. Dabei geht es durchaus auch um soziale und qualitative Maßstäbe. Das Messenkönnen verengt die Perspektive mitnichten allein auf empirisch-numerische Indikatoren. Es können durchaus auch subjektive Kriterien sein, die als Maßstab herangezogen werden. Wichtig ist im Grundsatz, dass ein Managementkonzept verfolgt wird, das eine Entscheidung erfordert, woran man sich messen lassen will und das diese Entscheidung offen legt und überprüfbar macht. Mit diesem gezielten politischen Management muss die Nachhaltigkeitspolitik endlich aus der unverbindlichen Programmatik und den belanglosen Zwischenbilanzen heraus geführt werden. Ich halte die Tatsache, dass die Regierung unserem Rat zur Quantifizierung von Zielen gefolgt ist, für sehr wichtig. Sie hat die Nachhaltigkeit als Chefsache eingeführt.

Der Nachhaltigkeitsrat hat mit einigem Erfolg zentrale Eckpunkte zu Energie, Landwirtschaft und Mobilität in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht. Die Agrarwirtschaft steht mitten in der Neuorientierung. Wir haben dafür plädiert, dass die Wertschöpfungskette für die Landwirtschaft neu ausgelotet werden muss. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ein nachhaltige Perspektive die gesamte Landwirtschaft, also sowohl die Ökobranchen als auch die 97 % der Fläche bewirtschaftende Landwirtschaft umfassen muss. Ich weigere mich, für letztere den eingeführten Begriff „konventionelle Landwirtschaft“ zu benutzen. Erstens, weil das „konventionell“ die Landwirtschaft abwertend abtut. Und zweitens, weil die „konventionelle“ Landwirtschaft nach meiner Beobachtung alles andere, aber

eben nicht konventionell ist. Keine Industriebranche, die im gleichen Maße technologieintensiv und innovationsorientiert ist, würde sich die Bezeichnung „konventionell“ gefallen lassen.

Wir haben der Regierung widersprochen, als sie eine nachhaltige Landwirtschaft allein mit dem Indikator „Anteil des Öko-Landbaus“ beschreiben wollte. Wir hatten damals den Stickstoffeintrag in Böden als Indikator zur Nachhaltigkeit der gesamten Landwirtschaft vorgeschlagen. Die Bundesregierung ist diesem Vorschlag in der Nachhaltigkeitsstrategie nur partiell gefolgt; sie hat die Indikatoren nebeneinander gestellt und sich an einer klaren Entscheidung vorbeigemogelt. Mit „painful decisions“ sind ganz sicherlich Entscheidungen anderer Art gemeint. Sie, sehr geehrter Herr von dem Bussche, haben angesichts dieser Entscheidung gemeint, Ihren Platz im Nachhaltigkeitsrat aufgeben zu müssen, was ich, wie gesagt, sehr bedaure.

Die Nachhaltigkeitsstrategie hat ferner unser Pilotprojekt „Nachhaltiger Warenkorb“ aufgegriffen. Dabei geht es und um oftmals unbequeme Fragen: Ist Nachhaltigkeit nur etwas für Besserverdienende, gilt der alte Satz auch hier: Die Moral ist nur etwas für die Satten? Wer hat denn überhaupt die Zeit, sich alle Nahrungsmittel zusammenzusuchen? Ist ein Bioprodukt aus Neuseeland besser als ein Apfel aus der Region? Wie finde ich im Warenangebot denn überhaupt die „mit Nachhaltigkeit erzeugten“ Lebensmittel? Reichen die Produktinformationen? Und wer darf bestimmen, welche Produkte den Maßstäben der Nachhaltigkeit genügen? Das alles sind Fragen, die wir anlässlich eines ersten Zwischenberichtes kürzlich im Rat diskutiert haben. Sie machen deutlich: Nachhaltigkeit ist zwar nichts Einfaches und Rezeptartiges. Vielmehr ist Nachhaltigkeit ein spannendes Anliegen, das den Alltag jedes Einzelnen erreichen kann und wo jeder mitreden kann. Um es aber etwas abstrakter auszudrücken: Wie organisiert die Zivilgesellschaft eine geschlossene Informationskette entlang der Wertschöpfungskette vom Acker zur Ladentheke?

Die Perspektive der europäischen Landwirtschaft erfordert den Blick nicht nur auf Legehennen, Schweinemast und neue Convenience-Produkte – das alles sind wichtige Themen, wie Sie gerade mit dem unerwartet großen Zulauf zu Ihrer Messe EuroTier deutlich gemacht haben. Wichtig sind aber auch die Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft im größer werdenden Europa. Der Trend scheint

mir dahin zu gehen, dass eines Tages Exporte nur noch ohne Subventionen möglich sein werden, und die Importschranken nach und nach fallen werden. Der Markt ist ein gutes Steuerungsinstrument. Aber ich bin kein Anhänger völlig marktradikaler Lösungen, weil diese dazu tendieren, gesellschaftliche und Umweltkosten zu vernachlässigen oder – wie es die Ökonomen sagen – zu externalisieren. Der Markt soll frei, aber er muss auch fair sein. Deshalb ist es richtig, dass wir von der öko-sozialen Marktwirtschaft sprechen. Wir müssen den Markt in politischer Verantwortung halten. Produzentenhaftung und Produktverantwortung sind einige Schlüsselemente. Ich glaube, ich sage nicht zu viel, dass die bisherigen Konzepte zur Nachhaltigkeit in der Agrarwirtschaft diese Zukunftselemente in ihrem Zusammenspiel noch nicht optimal geordnet haben. Daran muss noch gearbeitet werden.

Was hat Johannesburg gebracht

Was brachte der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg? Nun, ein 80seitiger Aktionsplan wurde beschlossen und dabei gab es reichlich diplomatischen Zündstoff. Der Gipfel stand mehrfach auf der Kippe, um es salopp zu formulieren. Seine Ergebnisse sind ein Mosaik aus Erfolgen und Misserfolgen, Fortschritten und Fehlstellen.

Schon lange vor Johannesburg wusste man, dass dies kein Gipfel der weit tragenden Erklärungen, Visionen und der einfachen Rezepte werden würde. Deshalb halte ich es für leichtfertig, heute vom Scheitern des Gipfels, von einem Gipfel der Enttäuschung, oder gar dem Ende von UN-Weltgipfeln zu sprechen, wie es in der deutschen Presse und bei einigen NGOs der Fall war. Das geht an der Sache vorbei.

Um die Bedeutung von Johannesburg zu erfassen, erfordert es einen Blick zurück, um zu erfassen, was eigentlich in den letzten 30 Jahren geschehen ist und welche Kräfte gewirkt haben.

1972 legte die erste UN – Umweltkonferenz in Stockholm grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes fest, die uns heute selbstverständlich erscheinen. Das Verursacherprinzip, die Vorsorge, die Warnung vor lediglich „end-of-the-

pipe“ – Strategien – das alles ist in Stockholm erstmalig zur Sprache gekommen. Aber unverkennbar war, dass die Umwelt-Protagonisten noch nicht wirklich ernst genommen wurden. Man ließ sie reden und währte sich sicher, dass die Welt sowieso einen anderen Gang gehe. Aber die 70er und 80er Jahre gaben den Umweltpolitiker Recht. Die Welt bewegte sich in Richtung auf eine stärkere Umweltorientierung. Deshalb erscheint uns heute selbstverständlich, worum 1972 gestritten wurde. Aber es ist auch klar: Was selbstverständlich ist, ist noch lange nicht genug und noch lange nicht die wirkliche Lösung auf die Weltumweltprobleme.

Den nächsten Schritt markiert der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der Brundtland-Bericht, aus dem Jahre 1987. Er stellte mit dem „sustainable development“ erstmals einen konzeptionell tragfähigen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Umwelt her. Viele Vorschläge wurden erarbeitet, die sich auch heute noch lohnen, dass man sie mit ihnen in Ruhe auseinandersetzt.

Die – wie sich erst später herausstellte - wichtigste Empfehlung der Brundtland-Kommission war der Vorschlag, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen. Diese fand 1992 in Rio de Janeiro statt.

Rio stand für Aufbruch, Begeisterung und Vision. Man glaubte an eine Friedensdividende, die es mit dem Ende der Block-Gegensätze nun erlaubte, die ärgsten Entwicklungshemmnisse der Welt zu beseitigen und zugleich die Umweltverwüstungen des westlichen Industrialisierungsmodells zu vermeiden. In Rio wurde der Startschuss für den globalen Klimaschutz und die Maßnahmen gegen die Wüstenbildung und zum Erhalt der Biodiversität gegeben. Mit der Agenda 21 wurde der Bogen vom Großen der Weltpolitik zum Kleinen der lokalen Politikebene geschlagen. Das ermutigte viele Menschen, sich für eine neue Politik zu Umwelt und Entwicklung einzusetzen. In Rio wurde auch beschlossen, nach zehn Jahren eine Bilanz der Umsetzung der Rio - Agenda 21 zu ziehen und neue Herausforderungen aufzugreifen.

Wer Johannesburg verstehen will, der sollte sich diese Abfolge von Aktivitäten und vor allem auch der geänderten Rahmenbedingungen ansehen. Seit Rio hat sich die globale Entwicklung wesentlich verändert. Die einsetzende

Globalisierung setzt zunehmend die Rahmenbedingungen für die nationale Politik. Entgegen der Rio-Zielstellung hat sich die Armut und das Umweltproblem in der Welt noch vergrößert. Die Polarisierung hat zugenommen.

Deswegen war klar: In Johannesburg waren nicht neue weittragende Visionen, Konzepte und Politikentwürfe gefragt. Unter dem Zeichen großer Ungeduld und Unverständnis für das Zögern der Entscheidungsträger war der Blick auf Maßnahmen, Aktionen und Umsetzung gerichtet – nach ein Vorankommen im Konkreten.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung war mit einer Anzahl von Mitgliedern in Johannesburg vertreten und hat sich in eigenen Veranstaltungen und Diskussionsrunden in die Diskussion vor allem des Verhältnisses von Nachhaltigkeit und Globalisierung eingebracht. Jetzt haben wir uns eingehend mit den Ergebnissen des Weltgipfels von Johannesburg befasst. Den Schwerpunkt bilden dabei sicherlich die Fragen zur Global Governance und zu den geeigneten institutionellen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung. Ich bedaure auch außerordentlich, dass man sich in Johannesburg nicht zu einer institutionellen Verbesserung der Wirksamkeit des UN-Umweltprogramms unter Klaus Töpfer hat entscheiden können. Allerdings bietet der Plan of Implementation eine Reihe von Anknüpfungspunkten, insbesondere für den UN Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).

Im Einzelnen brachte Johannesburg aus Sicht des Rates weniger als erhofft, aber mehr als befürchtet. Immerhin: Einige wichtige Ziele zur Fischerei, zur Chemikalienpolitik, der Abwasserbehandlung und zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser wurden festgelegt. Aber: Bei der Öffnung der Märkte kam man in Johannesburg nicht weiter. Die Energiepolitik verfehlte es, eine Zielsetzung zu den erneuerbaren Energien festzulegen. Man scheiterte am Widerstand der OPEC, der USA und Japans. Hier blieb nur – auf deutsche Initiative - der Weg in eine Initiative der aktiv voran schreitenden Staaten, nicht also der Weltgemeinschaft als Ganzer.

Zu Recht ist aber die Energiepolitik der entscheidende Maßstab, ob Schritte zur Nachhaltigkeit wirklich gewollt und erreicht werden. Um hierzu Johannesburg richtig einzuordnen, muss man die Ergebnisse der 8. Vertragsstaatenkonferenz zur

Klimakonvention vom Oktober in Neu-Dehli betrachten. Die beabsichtigte erste Annäherung an die zweite Verpflichtungsrunde zum Kyoto-Regime gelang nicht, wie ja auch Kyoto – I immer noch nicht ratifiziert ist.

Als Gastgeber hat der indische Ministerpräsident den Klimakonsens faktisch in Frage gestellt. Er hat in Neu-Dehli das Nachholen gegen die Nachhaltigkeit gestellt, indem er betonte: Wir wollen nachholen. Wir wollen Wachstum. Aber wenn der Norden uns nicht hilft, dann helfen wir uns mit den gleichen schmutzigen Technologien und Wachstumsstrategien, die der Norden genutzt hat – und zwar auf dem Rücken der Natur - und der Menschen, das sei angefügt. Die OPEC verlangte sogar Entschädigungen für die nicht verkauften Ölmengen, die ihnen durch Klimapolitik des Nordens nicht abgekauft werden.

Man mag diese Forderung in der erste Reaktion belächeln. Aber es muss uns klar sein, dass solche Forderungen ernst gemeint sind. In Neu Dehli wollten viele Staaten wieder zurück hinter Kyoto. Da mag partiell auch der diplomatische Einfluss der Vereinigten Staaten dahinterstecken. Aber die Vermutung ist, dass es einer solchen Kulissenschieberei nicht einmal bedarf. Schon in Johannesburg wollte man zurück, dort mit dem Versuch, den globalen Umweltschutz der Welthandelsorganisation, der WTO, unterzuordnen. Dieser Angriff konnte in Johannesburg abgewiesen werden. Aber es ist doch klar: Das ist kein Erfolg, keine dauerhafte Strategie.

Dabei: Kyoto und die erste Verpflichtungsrunde der Industrieländer sind nur ein sehr kleiner Schritt - gemessen an dem, was weltweit zu tun ist.

An anderer Stelle habe ich schon darauf hingewiesen, dass wir einen „Multilateralismus der verschiedenen Geschwindigkeiten“ als Ergänzung zum UN-System, wo immer darauf geachtet wird, dass alle und auch die Langsamsten mitkommen, brauchen. Führungsgruppen von Staaten sollen zu bestimmten Themen schneller voran gehen und sich damit auch Zukunftsmärkte erschließen können. Die Erneuerbaren Energien sind vielleicht das erste Thema, das in dieser Form voran getrieben wird. Mit neuen Formen der international abgestimmten Politik wird ja bereits experimentiert. Die World Commission on Dams und der UN-Global Compact zeigen das.

In Johannesburg und Neu-Dehli standen die USA als die großen Verhinderer da. Ich will diesem Thema noch einige Bemerkungen widmen, weil ich meine, die deutsche öffentliche Wahrnehmung der US-Politik geht mindestens teilweise an der Sache vorbei.

US-Amerikanische Politik erscheint auf den ersten Blick als ein Ausstieg aus der multilateralen Politik. Die Beispiele Kyoto, Internationaler Gerichtshof sowie Waffenhandel, sowie eine Reihe von unilateralen Aktionen wie bei den Agrar-subventionen und der Aufstockung des Militäretats scheinen darauf hinzu deuten, dass die Vereinigten Staaten einen völlig anderen Weg gehen wollen.

Es ist jedoch ein, wie ich finde, großer Fehler, wenn die Rolle Amerikas in der Welt in dieser Weise verkürzt aufgefasst wird. Unser öffentliches Bild der USA ist zu einseitig. Amerika erscheint nur noch als autistische, chauvinistische und die politische Isolation in Kauf nehmende Macht. Niemand gibt sich mehr die Mühe, wirklich genau hinzusehen. In Kalifornien und Michigan sind beachtliche Aktivitäten unterwegs. Die Amerikaner geben viel Geld für die Forschungen zu Sequestrierung von CO₂ und für neue Technologien aus. Auch das gehört in ein umfassendes Bild. Wenn wir dies nicht wahrnehmen, kann unsere Industriepolitik einiges Tages in solchen Punkten den Anschluss verlieren. Die technische Abtrennung von CO₂ bei der Energieerzeugung sollte man auch in Deutschland eingehend prüfen. Noch weiß niemand, ob diese Sequestrierung eine technisch machbare und wirtschaftlich vertretbare Option ist. Aber deswegen gerade sollte sich ein Hochtechnologieland wie Deutschland dieser Frage eingehend annehmen.

Deutschland hat sich in der europäischen CO₂-Politik auf das Reduktionsziel von 21 %, im nationalen Bereich auf 25 % bis 2005 festgelegt, wir liegen derzeit bei über 19%. Angesichts der Maßnahmen zur Erreichung dieser Quote muss man fragen, wo waren denn eigentlich die „painful decisions“? Offenbar hat es solche noch gar nicht gegeben. Sie liegen vielmehr jenseits der 21 %.

Ich meine, wir dürfen uns in Deutschland auch nicht ohne jede Alternative allein auf den Kyoto-Prozess verlassen. Ich befürchte aber, dass wir das gerade zu tun im Begriff sind. Das wäre eine Verengung unserer Sichtweisen, die wir uns nicht leisten können.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftspolitik hat in diesen Tagen in einer Studie nahe gelegt, dass das Kyoto-Protokoll nicht mehr als ein symbolischer Akt ist. Für keinen der Vertragsstaaten bedeutet Kyoto relevante Anstrengungen oder Kosten. Der Weltenergiehunger wächst und Kohle ist oft einfach und kostengünstig abzubauen. Weltweit werden bis 2020 etwa 40% mehr Kohle verbraucht werden als heute. Es ist doch klar, wir müssen erneuerbare Energien noch viel schneller an den Markt bringen und wir müssen eine intensiviertere Kohlenutzung sauber machen, und zwar weltweit. Kyoto kann dabei nur ein Ansatzpunkt unter vielen sein.

Ein anderes Beispiel: Die Bush-Administration hat kürzlich angekündigt, dass sie ihre Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit über die etwa 10 Milliarden US-\$ hinaus weiter kräftig erhöhen wird. Die Zahlungen sollen an „Good Governance“, also an das verantwortliche Handeln von Regierungen und Konzernen zur Einhaltung der Menschenrechte, gegen Regierungskorruption, und auch zur Umwelterhaltung gebunden werden. Natürlich muss man genau prüfen, was im Einzelnen mit Good Governance gemeint ist, aber ich halte diese Entscheidung schon im Prinzip für richtig, weil sie wirtschaftliche Hilfe mit den Kriterien aus dem Rio-Prozess verbindet. Ich würde mir wünschen, dass auch unsere Regierung der Öffentlichkeit ohne Umschweife deutlich macht, dass unsere Entwicklungsgelder dort, wo Staaten die Menschenrechte missachten, wo Sklavenhaltung zur Tagesordnung gehört und wo die Regierung an der Spitze der landesweiten Korruption steht, nichts zu suchen haben.

Optimismus?

Gibt es Grund zu Optimismus? Gibt Johannesburg Anlass zu Begeisterung? Sicherlich ist die Stimmung von Johannesburg nicht mit der Aufbruchseuphorie von Rio zu vergleichen. Aber den wirklichen Stellenwert von Johannesburg werden wir erst aus der Entfernung von ein paar Jahren wirklich begreifen können. Ob die Bewertung dann in Richtung positiv ausschlägt, das ist weitgehend in der Hand derer, die jetzt mit eigenen Handeln dazu beitragen, dass es mit der Nachhaltigkeit voran geht. Davon gibt es viele, denken wir nur an die lokalen Agenda-Gruppen, an die Vorreiterrolle einer Reihe Firmen, an Stiftungen

und auch an Fachverbände wie der DLG, die sich der Herausforderung der Nachhaltigkeit stellt.

Lassen Sie mich an den eingangs zitierten jüdischen Rabbiner anknüpfen. Ich freue mich mit ihm auf das nächste gemeinsame Verlaufen auf unserem Weg. Aber noch mehr freue ich mich auf die dann gemeinsam zu entwickelnde Kraft, um auf den richtigen Weg zurück zu finden. Dazu brauchen wir Einfallsreichtum, Überzeugungskraft, Risikobereitschaft und Mut. Vor allem aber die Bereitschaft, Wohlstand und Wohlbefinden kommender Generationen zum Maßstab unseres Handelns zu machen.